

Beschluss des Landrats vom 25.09.2025

Nr. 1268

2. Zur Traktandenliste 2025

2024/737; Protokoll: mko, ak

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) informiert, dass infolge Abwesenheit von Pascal Ryf und Fredy Dinkel Traktanden 25 und 65 abgesetzt werden.

Markus Graf (SVP) beantragt, Traktandum 20 vor Traktandum 19 zu behandeln. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass dies effizienter wäre und eine bessere Entscheidungsgrundlage böte.

//: Dem Antrag der SVP-Fraktion wird stillschweigend zugestimmt.

//: Die Traktandenliste wird nach Absetzung der Traktanden 25 und 65 beschlossen, und Traktandum 20 wird vor Traktandum 19 beraten.

– *Zur Frage der Dringlichkeit von Motion 2025/423: «Dossier 'BLKB' muss an ein unbeteiligtes Regierungsmitglied wechseln»*

Der Regierungsrat lehnt Dringlichkeit ab, und Regierungspräsident **Anton Lauber** (Die Mitte) erklärt, weshalb.

Der Regierungsrat hat vereinbart, dass sein Präsident zur Dringlichkeit – und nur zur Dringlichkeit – sprechen soll. Die Thematik der Dossierzuteilung wurde im Regierungsrat schon mehrfach intensiv diskutiert, zuletzt am letzten Dienstag. Dabei ist der Regierungsrat zum Schluss gekommen, dass er aktuell keine Notwendigkeit sieht für einen Dossierwechsel. Es ist aber klar, dass die Situation weiter beobachtet wird; heute Nachmittag wird ja dann auch noch eine PUK besprochen. Die Thematik wird im Regierungsrat nötigenfalls weiter diskutiert werden. Fakt ist aber auch, dass es eine klare Kompetenz der Regierung ist, zu regeln, wie sie mit den Dossiers umgeht. Der Vorstoss ist nicht dringlich.

Adil Koller (SP) fragt den Regierungsrat, was darunter zu verstehen sei, dass er das Thema «situatativ» weiter beobachten wolle. Die Ausgangslage ist ja eigentlich glasklar: Es wird eine parlamentarische Untersuchungskommission geben, heute Nachmittag wird der entsprechende Beschluss gefällt werden; die Einsetzung folgt dann mit der entsprechenden Vorlage. Wie ändert das etwas an der Ausgangslage?

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) ermahnt, nur zur Dringlichkeit zu sprechen.

Adil Koller (SP) meint, die Antwort auf seine Frage wäre noch wichtig; zudem hat der Regierungspräsident das Thema ja selber aufgebracht. Aber zur Dringlichkeit: Wer einen Interessenskonflikt hat, muss in den Ausstand treten – so gilt es für den Landrat, aber beispielsweise auch für Gerichte oder andere Institutionen. Wenn nur schon der Anschein der Befangenheit besteht, ist es gescheiter, in den Ausstand zu treten, weil sonst beispielsweise bei den Gerichten die Unabhängigkeit in Frage gestellt wird.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) bittet um eine Begründung für die Dringlichkeit.

Adil Koller (SP) wollte gerne einen einleitenden Satz sagen... Fakt ist auch, dass der Regierungspräsident nicht unbeteiligt ist an der ganzen Geschichte, die heute Nachmittag zu diskutieren

sein wird, weil er Mitglied des Bankrats war. Dringlich ist der Vorstoss, weil eben heute über die parlamentarische Untersuchungskommission entschieden wird. Somit soll auch heute der Entscheid fallen, dass die Thematik in eine andere Zuständigkeit wechselt, wo kein Anschein der Befangenheit besteht. Es ist klar, dass damit keine Schuldzuweisung verbunden ist. Niemand weiss, wer welche Schuld trägt. Allen anderen, die den Vorstoss unterschrieben haben, geht es gleich. Es geht darum, innerhalb des Regierungsrats elegant die Verantwortung zu übernehmen durch jemanden, der sicher nicht direkt beteiligt ist, so dass das Parlament und seine Untersuchungskommission ihre Arbeit machen können. Etwas frustrierend ist, dass hinter vorgehaltener Hand aus dem ganzen Parlament die Meinung sehr klar geäussert wird, dass es viel eleganter wäre, wenn innerhalb der Regierung nicht der bisherige Finanzdirektor und ehemaliges Bankratsmitglied in dieser Sache am Steuer sässe, sondern jemand anderes, so dass das Parlament seine Arbeit erledigen kann. Jetzt, bei der Frage der Dringlichkeit, sieht es dann wahrscheinlich anders aus – vielleicht auch entgegen den Wortmeldungen in der Zeitung –, aber es wäre jedenfalls wichtig, wenn der Landrat über dieses Thema diskutieren und dem Regierungsrat eine Türe öffnen könnte, eine Entscheidung zu fällen. Deshalb wird um Gewährung der Dringlichkeit und dann, am Nachmittag, um Überweisung des Vorstosses gebeten.

Alain Bai (FDP) erklärt, die Fraktionen Mitte, SVP und FDP lehnten die Dringlichkeit ab. Der Regierungspräsident hat vieles bereits vorweggenommen. Auch die drei Fraktionen sind erstens der Meinung, dass heute keine Anzeichen dafür bestehen, dass der Regierungsrat bzw. der Regierungspräsident irgendwelche Verfehlungen begangen oder Verantwortung zu tragen hätte, die eine politische Aufarbeitung erschweren oder gar ganz verunmöglichen würden. Zweitens steht heute auch fest, dass es Sache des Regierungsrats ist, situativ und regelmässig zu prüfen, ob ein Dossier noch in den richtigen Händen ist oder ob es Gründe gibt, es innerhalb der Regierung abzugeben. Ein erstes Mal ist dies bereit geschehen, und es ist nicht am Landrat als Oberaufsicht, den Regierungsrat nun anzuweisen, dieses Dossier zu entziehen – dazu fehlen heute schlicht die Anhaltspunkte.

Die bürgerlichen Fraktionen plädieren viel mehr dafür, die politische Aufarbeitung der Vorkommnisse rund um die Radicant in geordnete Bahnen zu lenken.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) ermahnt, nur zur Dringlichkeit zu sprechen.

Alain Bai (FDP) betont, es sei heute nicht dringlich, über diesen Vorstoss zu diskutieren. Er wird zu gegebener Zeit zu behandeln sein, nämlich dann, wenn die Vorlage der Geschäftsleitung zur Einsetzung einer PUK vorliegt – wenn nicht der Regierungsrat bis dann allenfalls schon zu einem anderen Schluss gekommen ist. Heute aber besteht klar keine Dringlichkeit.

Stephan Ackermann (Grüne) berichtet, die Fraktion Grüne/EVP habe die Frage der Dringlichkeit lange diskutiert und sei zum Schluss gekommen, es sei dringlich. Die Vorredner haben gerade bewiesen, dass es Redebedarf gibt. Und wenn der Dringlichkeit zugestimmt wird, gibt es am Nachmittag die Gelegenheit zum Reden. Ob die Motion dann überwiesen wird oder nicht, steht auf einem anderen Blatt Papier – beziehungsweise dazu ist niemand gezwungen, aber es bestünde dann ein Rahmen, um das Thema gründlich zu diskutieren. Das ist nötig, und deshalb ist der Dringlichkeit zuzustimmen.

Manuel Ballmer (GLP) und seine Fraktion sind ebenfalls für Dringlichkeit. Alain Bai meint, es sei jetzt noch nicht dringlich, sondern man solle die Motion «zu gegebener Zeit» beraten. Aber eigentlich ist es eher schon zu spät, man hätte sofort handeln müssen. Es wäre gut gewesen, wenn das Thema vom Regierungsrat schon von Anfang an proaktiv aufgegriffen worden wäre. Also: Wann, wenn nicht heute ist der Zeitpunkt, darüber zu reden?

Adil Koller (SP) bittet den Rat, über Dringlichkeit zu entscheiden – unabhängig vom Absender. Was er und seine Mitstreiter fordern, ist das, wofür sich auch Mitglieder jener Parteien, die sich jetzt zu einer Troika zusammengeschlossen haben, in der Zeitung ausgesprochen haben. Es ist nun offensichtlich ein politischer Grabenkampf angezettelt worden von den bürgerlichen Parteien, unabhängig vom sachlichen Inhalt, um den es eigentlich ginge. Es geht darum, eine Türe zu öffnen, damit der Regierungspräsident aus der Schusslinie gehen kann. Es ist kein Angriff auf ihn. Man muss sich also nicht hinter die Wahlallianz der letzten zehn Jahre stellen – das ist nicht nötig. Man kann weiterhin sachlich über das Thema diskutieren. Deshalb braucht es auch keine gemeinsamen Fraktionserklärungen. Es gilt, unabhängig vom Absender zu entscheiden. *[beifälliges Klopfen]*

Simon Oberbeck (Die Mitte) kann Adil Kollers Enttäuschung verstehen. Aber die Nichtgewährung der Dringlichkeit ist richtig. Es geht nicht um Leben und Tod. Es wird heute über eine PUK entschieden und in den kommenden Wochen noch viel diesbezüglich diskutiert werden. Das heisst aber nicht, diesen Vorstoss nun dringlich behandeln zu müssen. Er wird ja dann regulär noch behandelt.

Gzim Hasanaj (Grüne) meint, indem sich die drei bürgerlichen Fraktionen geschlossen und nur mit einem Sprecher gegen Dringlichkeit aussprechen, zeigten sie ganz deutlich, dass sie nicht bereit sind, zu diesem Thema Verantwortung zu übernehmen. Sie drücken sich um die Verantwortung.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) möchte die Voten auf die Begründung der Dringlichkeit beschränken.

Gzim Hasanaj (Grüne) erklärt, es sei dringlich, weil die Medien seit dem Sommer heiss laufen und weil endlich einmal über das Thema diskutiert werden muss. Jetzt muss der nächste Schritt gemacht werden, unabhängig davon, was materiell entschieden wird. Man muss sich jetzt der politischen Aufarbeitung stellen und das Thema auf das Tapet bringen. Indem das Thema weggewischt und auf die lange Bank geschoben wird, ist niemandem geholfen.

Marc Schinzel (FDP) reagiert auf den Vorwurf der «politischen Grabenkämpfe»: Wenn das Ganze so dringlich gewesen wäre, hätten es die Motionäre geschafft, den anderen Fraktionen einen definitiven Entwurf des Vorstosses rechtzeitig zuzustellen. Bis heute Morgen lag ein solcher nicht vor. Wenn es schon so wahnsinnig dringlich wäre, hätte man Tage und Wochen Zeit gehabt, auf die anderen zuzugehen. Dringlichkeit ist nicht gegeben. Jetzt wird erst einmal eine PUK eingesetzt.

Peter Riebli (SVP) hat sich angesprochen gefühlt durch die Bemerkung, es gebe Leute in den bürgerlichen Parteien, die die Dossierabgabe in der Zeitung gefordert hätten. Das ist falsch. Es wurde gesagt, dass das nicht verlangt werde, weil keine Fakten vorlägen. Es braucht zuerst Fakten. Peter Riebli hat gesagt, er persönlich würde das Dossier abgeben – das ist ein emotional-empathischer Entscheid seinerseits; dadurch muss sich der Regierungspräsident in keiner Weise zum Handeln gedrängt fühlen. Dringlichkeit wurde immer gewährt, wenn entweder ein Termin im Verzug wäre oder es quasi um «Leben und Tod» ginge. Ansonsten muss man jetzt erst Zahlen und Fakten haben, damit wirklich die Abgabe des Dossiers gefordert werden kann. Aber das als Parlament nur auf Verdacht hin zu fordern, wäre eine Vorverurteilung, und dagegen muss man sich prinzipiell zur Wehr setzen. *[beifälliges Klopfen]*

Tim Hagmann (GLP) bemerkt, es gehe um Nuancen und um Grabenkämpfe. Betreffend Dringlichkeit möchte er zu bedenken geben, wie das ganze bei der Bevölkerung wirkt. Es geht darum,

welche Wirkung die Classe politique, also alle hier drinnen, gegen aussen abgeben. Sagt der Rat nicht Ja zur Dringlichkeit, sagt er de facto, er wolle die Debatte nicht jetzt, sondern erst später führen. Das wäre wahnsinnig schwierig zu vermitteln. Mit einem Ja zur Dringlichkeit wird ermöglicht, die Debatte überhaupt zu führen. Sich ihr zu verschliessen, wirkt unheimlich seltsam bei einem Dossier, bei dem doch schon sehr viel Schaden verursacht worden ist.

://: Mit 39 Ja- und 38 Nein-Stimmen wird die für Dringlichkeit nötige Zweidrittelmehrheit von 53 Stimmen verfehlt.
